

Migrationspolitik

Die Menschenrechte werden zu streng ausgelegt

ANDREAS ERNST

Wie kann der Vormarsch von Nationalisten und Rechtsradikalen in Europa gestoppt werden? Die Frage beschäftigt die liberale Öffentlichkeit zu Recht, seit die Rechtsausenparteien immer lauter und immer erfolgreicher an die Pforten zur Macht klopfen. Die beste Antwort lautet: Der Vormarsch wird gestoppt, wenn die politische Mitte zeigt, dass sie den Willen hat, um die drängenden Probleme zu lösen. Dazu gehören natürlich die Migration und ihr Management. In vielen Ländern ist das Migrationsproblem von Rechtsausenparteien zu einem Popanz aufgebauscht worden. Das kommt bei vielen Wählerinnen und Wählern an. Nicht weil sie Rassisten sind, sondern weil sie ein berechtigtes Unbehagen haben. Liberale sollten den Popanz wieder zurückverwandeln in lösbare Sachfragen.

Ein grosses Problem sind die Rückführungen von Asylbewerbern, deren Gesuch abgelehnt wurde. Das geschieht nur in knapp zwanzig Prozent der Fälle. Aus vielen Gründen: Die Umsetzung scheitert, weil die Personen abtauchen, in ein anderes Land weiterziehen oder ihre Herkunftsländer die Rücknahme verweigern. Das Rückführrecht wurde letztmals 2008 angepasst. Damals gab es in der EU etwa 225 000 Asylgesuche pro Jahr. Heute sind es

eine Million. Die Rückkehr wird aber auch deshalb schwieriger, weil der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) seit gut zwei Jahrzehnten seine Rechtsprechung zugunsten der Asylbewerber und zulasten der Staaten verändert.

Damit schränkt er den Handlungsspielraum der Behörden teilweise ungebührlich ein. Wohl gemerkt, nicht die Menschenrechte haben sich verändert, sondern die Art und Weise, wie die Richter sie auslegen. Das führt zum Beispiel dazu, dass junge afghanische Männer nicht in die Heimat zurück müssen. Begründung: Sie seien dort zwar nicht politisch verfolgt, aber es könnte ihnen grosse Armut drohen. Während es vor zwanzig Jahren menschenrechtskonform war, Asylbewerber während des Verfahrens einige Monaten in einem Transitbereich festzuhalten, gilt das heute nicht mehr. Die Richter haben stattdessen eine strenge Prüfung des Einzelfalls angeordnet. Das verlängert die Verfahren.

Darüber möchten nun neun EU-Staaten diskutieren. Nämlich Dänemark, Italien, Österreich, Belgien, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen und Polen. Sie wollen eine politische Debatte und haben eine Absicht: mehr «Manövrierraum», wie es die dänische Regierungschefin Mette Frederiksen ausdrückt, damit sie «selber entscheiden können, wer in unseren Ländern bleiben kann und wer nicht».

Ein grosses Problem sind die Rückführungen von Asylbewerbern, deren Gesuch abgelehnt wurde. Das geschieht nur in knapp zwanzig Prozent der Fälle.

In einem offenen Brief kritisieren die neun Regierungen, der EGMR «habe in einigen Fällen den Geltungsbereich der Konvention zu weit ausgedehnt und damit das Gleichgewicht zwischen den zu schützenden Interessen verschoben» – eben zugunsten der Bewerber und auf Kosten der Aufnahmestaaten. Diese Diskussion zu führen, ist legitim und auch notwendig. Sie wird nicht bloss von den politisch bedrängten Exekutiven gefordert, sondern auch aus der Wissenschaft. Eher befremdlich ist dagegen die Reaktion aus dem Europarat, dem Schirmherrn des EGMR.

Sein Generalsekretär, Alain Berset, scheint pikiert, als ob die Autorität des Gerichtshof infrage gestellt worden sei. Das Gericht, so der Alt-Bundesrat, dürfe sich nicht den «politischen Zyklen» beugen, sprich, sich von flüchtigen Stimmungslagen beeinflussen lassen. Das ist unbestritten. Aber die Richter sollten ihre Rechtsauslegung nicht ohne Sinn und Verstand für die migrationspolitische Realität machen. Daran dürfen die Mitgliedstaaten des Europarats ohne weiteres erinnern. Und noch etwas: Wem die Menschenrechte teuer sind, der sollte nicht vergessen: Wenn der staatliche Umgang mit Migration nicht bald effizienter wird, könnte der individuelle Anspruch auf Asyl bald Rechtsgeschichte sein.

Zollstreit mit der EU

Trump hat sich in Widersprüche verstrickt

DANIEL IMWINKELRIED

Der amerikanische Präsident Donald Trump schafft es immer wieder, die Welt mit seinen Ankündigungen in Aufregung zu versetzen. Nicht selten setzt er sich damit aber auch selbst unter Druck – einem «Dealmaker», wie er einer zu sein glaubt, sollte das nicht passieren. Erst am vergangenen Freitag gab Trump auf dem sozialen Netzwerk Truth Social und an allen diplomatischen Kanälen vorbei bekannt, dass die USA bereits ab dem 1. Juni auf Waren aus der EU einen Zoll von 50 Prozent erheben wollten. Aber nur zwei Tage später gilt dieser Vorschlag plötzlich nicht mehr.

Die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen hat am Wochenende zum ersten Mal mit Trump telefoniert und möglicherweise dazu beigetragen, ihn von seinen Vorhaben abzubringen. Ob das aber wirklich so ist, weiss niemand. Ein zeitliches Zusammenfallen muss noch keinen kausalen Zusammenhang bedeuten, zumal es noch eine temporale Auffälligkeit gibt. Vergangene Woche ist bereits die Hälfte jener neunzigstägigen Frist abgelaufen, während der Trump Handelsabkommen mit Partnerländern abschliessen will. Dafür hat er die teilweise astronomischen Zölle, die er am «Liberation Day» vom 2. April angekündigt hatte, am 8. April auf einen Basissatz von 10 Prozent zurückgenommen.

Erfolgreich waren Trump und die USA seither allerdings nicht. Es sind bloss zwei wenig spektakuläre Übereinkünfte mit China und Grossbritannien zustande gekommen; den grossen Wurf gibt es hingegen nicht. Das macht Trump möglicherweise unruhig und könnte ein Grund sein, warum er sich dazu hinreissen liess, einen absurd hohen Zoll von 50 Prozent hinauszuposaunen. Immerhin wäre eine solche Abgabe nicht nur für die europäische Wirtschaft extrem schädlich, sondern auch für die USA geradezu mörderisch. Es gibt unzählige Güter, bei denen das Land von Europa stark abhängig ist. Das trifft besonders auf Industrieerzeugnisse zu, in denen viel Ingenieur- und Maschinenbauwissen steckt. Das Institut der deutschen Wirtschaft nannte jüngst als Beispiel Kranfahrzeuge. Bei den teuren Vehikeln dieser Art haben europäische Anbieter fast ein Monopol.

Nervös und damit etwas fahrig dürfte Trump auch sein, weil er sich beim Thema der industriellen Fertigung in viele Widersprüche verstrickt hat. So möchte er ausländische Firmen dazu motivieren, wieder vermehrt in den USA zu produzieren. Wenn Unternehmen aber auf einen Kran einen horrenden Zoll bezahlen müssen, bevor sie überhaupt loslegen können, wird sie das kaum dazu animieren, die USA als Fabrikationsstandort zu wählen. Und falls sie es trotzdem tun, werden sie zu vergleichsweise hohen Kosten fertigen und deshalb nicht viel exportieren.

Der US-Präsident hat offensichtlich zu viele Themen mit dem an sich schon komplexen Handelsdossier vermischt, und nun wird es immer schwieriger, aus diesem Labyrinth wieder herauszufinden.

Beides wird die USA nicht grossartig, sondern ärmer machen. Trump hat offensichtlich zu viele Themen mit dem an sich schon komplexen Handelsdossier vermischt, und nun wird es immer schwieriger, aus diesem Labyrinth wieder herauszufinden.

Noch macht die EU bei diesem Spiel mit, teilweise aber ebenfalls mit fragwürdigen Ideen. So schwebt der Kommission etwa vor, dass Europa mehr Flüssiggas aus den USA importieren soll. Rein vom möglichen europäischen Verbrauch wird es dabei aber nie um Mengen gehen, die das Warenhandelsdefizit der USA massgeblich reduzieren. Zumal die EU niemandem befehlen kann, mehr Flüssiggas in den USA zu erwerben. Dieses Geschäft wickeln private Händler ab. Sie richten sich bei ihren Käufen nach dem Preis und nicht nach dem Erfordernis, dass Europa Trump ruhigstellen will.

Wenn die EU und die USA ihre Vorstellungen verwirklichen, landen wir bei einer gelenkten Wirtschaft. Daher sollten die beiden Partner ihren Blick wieder vermehrt auf jene Wirtschaftssubjekte richten, auf die es letztlich ankommt: die Konsumenten und die Firmen. Was wollen diese eigentlich? Bestimmt keine machtpolitischen Spiele, sondern eine Auswahl an Produkten in verschiedenen Preis- und Qualitätskategorien. Gedeihen wird die Wirtschaft nur, wenn die USA und die EU dieses Prinzip endlich wieder hochhalten.

Netto-Null-Quartier in Zürich

Vegane Kochkurse – gesponsert vom Steuerzahler

DANIEL FRITZSCHE

Zürich will auf der richtigen Seite der Geschichte stehen. Bis 2040 soll die Stadt kein klimaschädliches CO₂ mehr absondern. Das Problem: Auf 85 Prozent der Treibhausgasemissionen haben die Behörden praktisch keinen Einfluss. Diese indirekten Emissionen kommen zustande, weil die meisten Zürcherinnen und Zürcher – entgegen ihrem Wahlverhalten – nicht klimabewusst genug leben. Sie fliegen zu oft, konsumieren zu viel und essen das Falsche. Offensichtlich fällt es vielen leichter, rot-grüne Parteien zu wählen und damit das Gewissen zu beruhigen, als die eigene Lebensweise zu ändern. Online-Händler verzeichnen Shopping-Rekorde, Flugreisen befinden sich auf einem Allzeithoch. Die Mehrheit der Leute finden das Konzept der Suffizienz in der Theorie gut – aber nur, wenn es in der Praxis andere betrifft.

Doch dieses schädliche Verhalten soll den Stadtbewohnern nun ausgetrieben werden. Vorerst in Wiedikon. Dort, wo einst über 80 Prozent Ja gesagt haben zum Klimaziel 2040, lanciert die Stadt im Herbst ein «Pilotquartier Netto-Null». Für schlappe 8 Millionen Franken soll die Bevölkerung über die nächsten Jahre dazu «motiviert» werden, ihren persönlichen CO₂-Verbrauch zu drosseln.

Der zuständige Stadtrat, der Grünliberale Andreas Hauri, spricht davon, auf die «Transformationsbereitschaft» der Gesellschaft angewiesen zu sein. Auch wenn er stets die Freiwilligkeit des Projekts betont, klingt manches nach «Brave New World» – Glück durch Kontrolle. Zum Auftakt wird unter der Quartierbevölkerung eine «Nullmessung» zu deren CO₂-Fussabdruck durchgeführt. Dann wird laufend evaluiert, ob sich die Bewohner artig verhalten und verbessern. Bei Erfolg des Projekts sollen die Erfahrungen auf andere Stadtteile übertragen werden.

Noch wirken die Ideen unkonkret, wolkig. In den Konzeptpapieren wimmelt es vor technischen, nichtsagenden Begriffen. Aus Wiedikon soll ein Umfeld entstehen, «in dem verschiedene Klimaschutzmassnahmen und Formen der Mitwirkung getestet und skaliert werden». Was immer genau damit gemeint sein mag. Zur Verfügung steht ein «partizipatives Budget», um lokale Projekte mit Steuergeldern zu unterstützen. Als Beispiele werden die Etablierung von Nachbarschaftsgärten, von Tauschmärkten oder veganen Kochkursen genannt. Nur: Braucht es wirklich für jede nachbarschaftliche Initiative die lenkende Hand (und das Geld) des Staates? Und das ausgerechnet in einem lebendigen Stadtteil wie Wiedikon, in dem ein überaus aktiver, privat organisierter Quartierverein wirkt? Zweifel sind mehr als an-

Die Stadt sollte ihre Mittel in der Klimapolitik dort einsetzen, wo sie wirklich einen Hebel hat, etwa in der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs oder dem Ausbau der Fernwärme.

gebracht. Sicher ist: Den Klimawandel aufhalten werden diese staatlichen Umerziehungsversuche nicht.

Die Stadt sollte ihre Mittel in der Klimapolitik dort einsetzen, wo sie wirklich einen Hebel hat, beispielsweise in der Verbesserung des öffentlichen Verkehrs oder dem Ausbau der Fernwärme. Es sind andere, denen die Millionen für das Klimaquartier effektiv nützen: all jenen externen Beratungs- und Kommunikationsfirmen, die mit der Ausarbeitung und Umsetzung des Projekts bedacht wurden – als ob die Stadtverwaltung nicht schon genügend eigene Fachkompetenz und Personal in diesem Bereich hätte. In den Genuss der lukrativen Aufträge kommt etwa die Firma Urbanista, die sich auf die «räumliche Transformation» spezialisiert hat. Gründer und Geschäftsführer Thomas Hug ist – wie Stadtrat Hauri – Mitglied der GLP. Kürzlich hat er eine Initiative lanciert, die den Autoverkehr grossflächig aus der Stadt verbannen soll. Für die Projektkonzeption wurde das Unternehmen Ampio ausgewählt. Partner der Firma ist der SP-Kantonsrat und Stadtratskandidat Tobias Langenegger. Alles Zufall? Die Stadt betont, die Vergabe sei transparent dokumentiert und nachvollziehbar durchgeführt worden. Das mag sein. Ein «Gschmäcke» bleibt dennoch. Gerade, weil sich der Sinn der grossangelegten Klima-Übung in Wiedikon, je näher sie rückt, desto weniger erschliesst.